

## **Beschluss des Landrats vom 17.01.2019**

Nr. 2481

### **32. Verbindliche politische Bildung an SEK II-Schulen** 2018/628; Protokoll: mko

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) informiert, dass der der Regierungsrat bereit ist, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Das Thema wird hier nicht zum ersten Mal diskutiert, führt **Sara Fritz** (EVP) aus, und es sind sich wohl alle einig, dass politische Bildung wichtig und notwendig ist. Dies zeigt sich auch beim zum Teil nur spärlich vorhandenen Wissen der Jugendlichen. Der Jugendrat macht regelmässig Umfragen und stellt fest, dass die Stimmbeteiligung sehr tief ist, was sicher auch damit zu tun hat, dass viele Personen mit dem politischen System nicht vertraut sind bzw. es ihnen zu kompliziert ist. Man tut also gut daran, den Jugendlichen politische Bildung näher zu bringen. Dies soll selbstverständlich in den Schulen geschehen, wobei es nicht darum geht, die Jugendlichen zu indoktrinieren oder für die eine oder andere politische Richtung zu gewinnen, sondern darum, ihnen das politische System zu erklären. Welche Meinungen sie haben und welche Parteien sie wählen, müssen sie selber entscheiden. Es geht nur darum, zu erklären, wie sie vorgehen müssen, um ihren politischen Willen auszudrücken.

Es gab schon mehrere Vorstösse, um politische Bildung im Kanton zu verankern. Zuletzt versuchte dies ein Postulat von Martin Rüegg, das der Landrat knapp stehen liess, weil er fand, dass nicht zufriedenstellend ist, was diesbezüglich bislang passiert ist. Daraufhin trat der Jugendrat an die Votantin heran und verdeutlichte, wie wichtig es sei, dass dies endlich verbindlich geregelt werde. Weil das Postulat von Martin Rüegg stehen gelassen wurde, aber eigentlich nicht ganz klar ist, was damit passieren soll, und da es ohnehin nur um ein Prüfen und Berichten geht, man aber möchte, dass es endlich vorwärts geht, entschied man sich für das Einreichen einer Motion. In der Zwischenzeit ist allerdings etwas gegangen – vielleicht auch angeregt durch die Motion – und der Bildungsrat hat darüber diskutiert, wie sich die Forderung umsetzen liesse. Der Vorstoss ist diesbezüglich klar: Es soll ein verbindlicher Staatskunde- und Politikunterricht für alle Schülerinnen obligatorisch und unabhängig vom Standort angeboten werden. Wichtig ist, dass er obligatorisch und kein Wahlfach ist, das nur von jenen besucht wird, die ohnehin schon etwas davon verstehen. Es geht also darum, dass alle Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden, dass der Unterricht eine gewisse Intensität hat und nicht irgendwo in den Geschichtsunterricht reingemogelt wird. Auch ist wichtig, dass die einzelnen Schulen autonom entscheiden können, wie sie die Stunden gestalten – zum Beispiel in Form einer Projektwoche oder indem einzelne Stunden im Semester dafür verwendet werden. Es kann aber nicht sein, dass Schüler im einen Gymnasium mehrere Stunden politische Bildung erhalten, während jene im anderen Gymnasium nur wenig mitbekommen oder gar leer ausgehen. Es handelt sich um ein zu wichtiges Thema, um solche Unterschiede entstehen zu lassen.

Die Regierung möchte den Vorstoss als Postulat entgegen nehmen. Wie gesagt: Ein Postulat gibt es bereits. Ein zweites Postulat bringt nicht viel. Die Votantin bittet deshalb um Unterstützung als Motion. Sämtliche Jungparteien im Kanton und Schülerorganisationen der Gymnasien stehen dahinter. Zudem gibt es aus jeder im Landrat vertretenen Partei mindestens eine Person, die diese Motion unterstützt. Deshalb bittet die Votantin, mit der Überweisung ein Zeichen zu setzen für die Verbindlichkeit politischer Bildung.

Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) bittet, die Motion abzulehnen. Es wurde darüber schon intensiv debattiert: Alle wollen, dass die Jugendlichen politische Bildung erhalten, dass sie

sich interessieren und an den Diskussionen beteiligen. Eine Motion ist dazu aber das falsche Instrument, weil die Kompetenzen für den Beschluss von Studentafeln und Lehrplänen beim Bildungsrat liegen. Der Bildungsrat hat sich selbstverständlich mit dieser Thematik schon auseinandergesetzt. Es wurden zudem der Präsident und die Vize-Präsidentin des Jugendrats eingeladen, denen man dargelegt hatte, dass in den Gymnasien momentan die Lehrpläne neu ausgearbeitet werden. Innerhalb der Lehrpläne soll die politische Bildung verbindlich formuliert werden. Das ist letztlich das Ziel aller. Es macht deshalb gar keinen Sinn, eine Motion zu überreichen. Der Regierungsrat möchte kein falsches Zeichen setzen und den Vorstoss rundweg ablehnen, sondern signalisieren, dass er bereit wäre, ein weiteres Postulat zu diesem Thema entgegen zu nehmen. Damit zeigt die Regierung, dass sie das Anliegen erkannt hat. Die politische Bildung der Jugendlichen ist allen wichtig. Man braucht nun aber etwas Zeit, damit die Gymnasien dies erst in ihren Lehrplänen formulieren und verbindlich erklären können. Damit würde das erreicht, was alle wollen. Dem Landrat sei deshalb empfohlen, die Motion abzulehnen und als Postulat zu überweisen, um den Wunsch des Landrats zu bekräftigen. Eigentlich braucht es aber nicht einmal das Postulat, da dem Wunsch ohnehin entsprochen wird.

**Caroline Mall** (SVP) dankt Sara Fritz für die Ausführungen, die sie namens ihrer Fraktion unterstützen kann. Man weiss nun auch wieder, weshalb man keine Motion an den Bildungsrat schicken kann: Weil er federführend in der Frage ist, was in den Lehrplan reingehört und was nicht. Es ist aber gerade deshalb auch medial ganz wichtig, dass die Motion überwiesen wird. Der Bildungsrat wird das nämlich mitbekommen und ist somit gezwungen, schneller zu handeln. Mit einem Postulat muss er gar nichts. Der Goodwill ist möglicherweise vorhanden, Gespräche hat es möglicherweise gegeben. Aber das Thema ist schon seit Jahren auf der Traktandenliste, und nichts ist passiert. Jetzt geht es um die Verbindlichkeit. Es geht um einen hungrigen, durstigen Jugendrat, es geht um Jugendliche, die die Politik fast anflehen, endlich vorwärts zu machen. Sämtliche Jungparteien stehen dahinter. Es gibt somit gar nichts daran zu rütteln. Es ist wichtig, mit einer verbindlichen Motion an den Bildungsrat heranzutreten, damit er bei seiner nächsten Sitzung sich dem Thema annimmt. Es ist gerade für den demokratischen Rechtsstaat nur gut und wichtig, wenn wieder einmal auf die Wünsche der Jugend eingegangen wird. Die Votantin bittet alle in diesem Saal, die Motion zu unterstützen.

**Béatrix von Sury d'Aspremont** (CVP) stimmt ihren beiden Vorrednerinnen zu. Auch die CVP/BDP-Fraktion ist der Auffassung, dass die Motion unterstützt werden muss. Sicherlich können weder der Regierungsrat noch der Landrat den Auftrag geben. Aber es muss doch endlich mal ein Zeichen an die Jugend gesendet werden, dass man sie ernst nimmt. Diese hat ein Interesse an politischer Bildung – und der Landrat ist bereit dafür zu sorgen, dass sie die verbindlichen Gefässe dafür erhält.

**Martin Rüegg** (SP) sagt, dass in knapp drei Wochen, am 10. Februar, der erste Abstimmungs-sonntag in diesem Jahr stattfindet. Gestern Nachmittag fragte er im Unterricht eine 3. FMS-Klasse, welches denn die Themen der bevorstehenden Abstimmung sind. Tiefstes Schweigen im Walde. Keine Ahnung. Dieser kurze Einblick in die Praxis zeigt, dass Handlungsbedarf dringend gegeben ist. Sein Postulat dazu ist tatsächlich noch in Behandlung. Es gilt nun aber, einen Gang höher zu schalten und die Motion zu überweisen. Lehnt man diese ab, wird ein völlig falsches Signal gesendet. Da der Lehrplan überarbeitet wird, passt es bestens und widerspricht sich überhaupt nicht, wenn nun noch eine Motion hinzukommt. Der Votant hatte dem Jugendrat sogar empfohlen, noch weiter zu gehen und eine Initiative einzureichen, wie dies zum Beispiel im Kanton Basel-Stadt (initiiert von den Jungfreisinnigen) oder in anderen Kantonen geschehen ist. Das wäre der nächste Gang.

**Simone Abt** (SP) spricht als Bildungsrätin in eigener Sache und stellt fest, dass alle absolut Recht haben. Ihr selber ist das Thema sehr wichtig und sie hatte im Bildungsrat bereits einige Male für die politische Bildung plädiert. Dort steht sie nicht alleine: Der gesamte Bildungsrat steht voll und ganz hinter dem Anliegen. Aber: Es soll alles kostenneutral geschehen und das Lektionendeputat darf nicht erhöht werden. Diesbezüglich befindet man sich regelmässig im Clinch mit der Regierungsrätin. Die Frage stellt sich, was man in diesem Fall streichen sollte. Soll man bei MINT etwas kürzen oder eine Projektwoche für die politische Bildung nutzen, dafür auf ein anderes Thema verzichten? Die Votantin bittet deshalb den Landrat, Mut zu beweisen und auch einmal einen Vorstoss zur Vergrösserung des Lektionendeputats zu machen – auch wenn das teurer käme. Nur so aber passt mehr Stoff in das Gefäss. Sie hat Respekt vor dem Sparwillen des Kantons. Man kann aber nicht immer mehr fordern, und dann erwarten, dass nichts darunter leidet und sich alles irgendwie integrieren lässt. In diesen Clinch kommt man immer wieder, und die Diskussion wird nicht zum ersten Mal (und nicht nur im Zusammenhang mit der politischen Bildung) geführt. Die Votantin ist zwar bereit, die Diskussion weiter zu führen. Man soll aber dann bitte nicht enttäuscht sein, wenn das Ergebnis dann nicht so glanzvoll ist wie erhofft.

Die politische Bildung auf Sek II-Stufe (und vorher) ist laut **Heinz Lurf** (FDP) für die FDP-Fraktion ein sehr wichtiges Anliegen. Ihre Position legte sie bereits rund um die Diskussion über das Postulat von Martin Rüegg dar. Ziemlich gespalten ist die Fraktion jedoch in der Frage, ob es einen weiteren Vorstoss braucht. Nicht vergessen darf man, dass in den Berufsschulen der Bund für die Lehrpläne zuständig ist. Und bei den Gymnasien ist es der Bildungsrat. So ganz einfach kann der Landrat eine verbindliche Änderung also nicht beschliessen. Der Votant ist, wie Simone Abt, Mitglied im Bildungsrat. Das Thema wurde dort diskutiert; der Rat ist sich der Dringlichkeit bewusst und sucht nach Lösungen. Eine knappe Mehrheit der FDP unterstützt die Überweisung des Geschäfts als Postulat.

**Daniel Altermatt** (glp) hat etwas Mühe, die Argumentation der Regierung nachzuvollziehen. Sie stellt fest, dass der heutige Zustand nicht befriedigend ist – und das soll ein Grund sein, ihn so zu belassen? Auch die Vertreter des Bildungsrats erkennen ein Problem darin, dass ihnen ein verbindlicher Auftrag fehlt und sie ihn nicht umsetzen können, weil sie der politischen Bildung sonst etwas anderes opfern müssten. Sobald aber der Auftrag verbindlich ist, muss etwas getan werden. Ergo sollte man ihn verbindlich geben.

**Jan Kirchmayr** (SP) findet es ganz wichtig, dass alle Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in den Genuss politischer Bildung kommen. Es kann nicht sein, dass man sie sich – wie heute – als Wahlkurs oder im Rahmen des Schulpools (was seines Wissens nicht alle Schulen anbieten) angeheihen lässt. Oder indem man sich dem Debattierclub anschliesst. Es sollen sich auch jene, die sich nicht dafür interessieren, ein Semester oder ein Jahr lang damit auseinandersetzen müssen. Deshalb ist es wichtig, ein Zeichen zuhanden des Bildungsrats und der Direktion zu setzen.

Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) hat das Gefühl, falsch verstanden worden zu sein. Es ist dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen, die politische Bildung für wichtig zu erklären. Dagegen sträubt sich kein Mensch. Man ist ja bereits daran. Es geht aber – an Caroline Mall gerichtet – keine Sekunde schneller, wenn man eine Motion überweist. Die Ausgestaltung eines neuen Lehrplans für Gymnasien, was aufgrund der neuen Maturitätsanerkennungsvorschriften ohnehin gemacht werden muss, dauert rund drei Jahre. Der Prozess ist eingeleitet. Im Lehrplan ist dies verbindlich formuliert. Es gibt diesbezüglich also keinerlei Differenzen. Simone Abt sei entgegen, dass es keine Frage des Lektionendeputats ist. Es geht nur um den Lehrplan. In diesem wird die politische Bildung als Ziel formuliert. Es werden sogar Experten zur externen Unterstützung einbezogen, die dabei helfen, die Lehrpläne neu zu formulieren. Sara Fritz hatte gesagt, dass

die Schulen Möglichkeiten haben, wie sie es umzusetzen gedenken. Das Interessante daran ist ja, dass man das Fach nicht stur auf eine Weise unterrichten soll, sondern dass die Schulen über die Art der Umsetzung selber entscheiden können. Wichtig ist aber die Erkenntnis, dass dies nicht von heute auf morgen geht.

Wenn es nur darum geht, ein Zeichen zu setzen, soll man das tun. Nötig ist es hingegen nicht. Das Zeichen ist schon längst angekommen. Schneller geht es nicht. Einen Lehrplan neu zu schreiben, ist eine ganz komplizierte Sache, wofür alles Mögliche einbezogen werden muss, nicht nur die politische Bildung.

**Susanne Strub** (SVP) brennt es nun doch unter den Nägeln, etwas zu sagen. Martin Rüegg hatte vorhin davon erzählt, wie er in seine Klasse hineingefragt hatte, worauf tiefes Schweigen zurückkam. Wo ist da die Verantwortung des Elternhauses? Bei ihr zuhause wird über solche Sachen diskutiert, auch wenn ihre Jungen nicht immer derselben Meinung sind. Ihr ist schnurzegal, wie sie abstimmen. Hauptsache, sie gehen. Und wenn sich dann im Nachhinein darüber aufregen, was dabei herausgekommen ist, merken sie, dass sie selber Verantwortung übernehmen müssen. Deshalb sollte man das Elternhaus nicht aussen vor lassen.

://: Mit 54:25 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird die Motion überwiesen.

---